



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

50/2012 14.12.2012

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 104/2012](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Bezüge der obersten Organe des Bundes, der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates und der von Österreich entsandten Mitglieder des Europäischen Parlaments (**Bundesbezügegesetz** – BBezG), BGBl. I Nr. 64/1997, geändert wird (Klarstellung der Zuweisung der Anrechnungsbeträge gem § 70 BundesbezügeG)

[BGBl I 105/2012](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie genehmigt** wird

[BGBl I 106/2012](#)

Bundesgesetz, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992 sowie das Volksbefragungsgesetz 1989 geändert werden (**Wahlrechtsanpassungsgesetz 2012**) (Anpassungen infolge der Änderungen von Gebietseinteilungen in der Steiermark)

[BGBl I 107/2012](#)

Bundesgesetz mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz**, das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz**, das **Bauern-Sozialversicherungsgesetz** und das **Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** geändert werden (Klarstellung, dass der Versicherungsfall Krankheit in den entsprechenden Sozialversicherungsg auch die Nachkontrolle gem § 9 OrgantransplantationsG umfasst)

[BGBl I 108/2012 \(Anlage A, Anlage B\)](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Transplantation von menschlichen Organen (**Organtransplantationsgesetz** - OTPG) erlassen und das **Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten**, das **Arzneimittelgesetz**, das **Gewebesicherheitsgesetz** und das **Bundesgesetz über die Gesundheit Österreich GmbH** geändert werden (Umsetzung der Richtlinie 2010/53/EU; Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen für die Entnahme und Transplantation von menschlichen Organen; Voraussetzungen unter welchen menschliche Organe zu Transplantationszwecken entnommen und verwendet werden dürfen)

[BGBl I 109/2012](#)

Bundesgesetz, mit dem das **GeodateninfrastrukturG** geändert wird (Einschränkung des Geltungsbereichs des GeoDIG auf den zwingenden persönlichen Geltungsbereich der INSPIRE-RL 2007/2/EG)

[BGBl I 110/2012](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arzneimittelgesetz** geändert wird (Umsetzung der RL 2010/84/EU in den Bereichen Pharmakovigilanz)

[BGBl II 420/2012 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit über die Durchführung der Wahlen in die Österreichische Tierärztekammer (**Tierärztekammer-Wahlordnung – TÄKamWO**)

[BGBl II 426/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über erhöhte Risiken der **Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung nach dem Wirtschaftstreuhandberufsgesetz** (GTV-WTBG)

[BGBl II 427/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über erhöhte Risiken der **Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung nach der Gewerbeordnung 1994** (GTV-GewO)

[BGBl II 428/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über erhöhte Risiken der **Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung nach dem Bilanzbuchhaltungsgesetz** (GTV-BibuG)

[BGBl II 437/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend, mit der eine Verordnung über Vermessungen beim Bergbau, das Bergbaukartenwerk und die Erfassung von Bodenbewegungen 2013 (**Markscheideverordnung 2013**) erlassen wird und die **Bohrlochbergbau-Verordnung** geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI C 380 v 11.12.2012, 1](#)

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zum Überblick über den strukturierten **Dialog** mit jungen **Menschen** über die Teilhabe der Jugend am **demokratischen** Leben in Europa

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

12.11.2012, [2010/06/0056](#)

Stmk BauG; div Einwendungen eines Nachbarn im **Baubewilligungsverfahren**; kein Rechtsanspruch des Nachbarn auf Wahrung der subjektiven Recht bereits aufgrund der **Einreichunterlagen** und nicht erst durch entsprechende Auflagen; keine Beurteilung der Eignung eines **meteorologischen Gutachtens** im Rahmen einer Immissionsermittlung

13.11.2012, [2009/05/0141](#)

BauO für Wien; Zulässigkeit (bloß) von **baulichen Änderungen**, sofern eine gärtnerisch auszugestaltende Fläche oder eine Baufluchtlinie festgesetzt wurde; der Einbau von Wohnungen oder Teilen davon in das Dachgeschoß gilt nicht als Umbau; ein über dieses Maß hinausgehender Zubau und eine klare Vergrößerung der Kubatur des Gebäudes stellt allerdings einen Zubau dar; keine mündliche Verhandlung erforderlich

13.11.2012, [2009/05/0153](#)

Oö BauO; div Einwendungen der Nachbarn im **Baubewilligungsverfahren** für einen Abbruch einer Garage und einen Neubau eines Carports; Zustand der Garage und Zumutbarkeit von Sanierungsarbeiten und das Fehlen einer Bauplatzbeurteilung betreffen kein baurechtlich geschütztes subjektiv-öffentliches Nachbarrecht; **Dachüberstände** sind nicht in die Nutzfläche miteinzubeziehen; Widmung „Dorfgebiet“ steht der Errichtung eines Carports, das der Nutzung eines Wohngebäudes dient, nicht entgegen; Immissionen, die sich im Rahmen des in einer Widmungskategorie üblichen Ausmaßes halten, sind von den Nachbarn hinzunehmen

13.11.2012, [2010/05/0021](#)

BauO für Wien; Beibehaltung der Widmung eines Grundstückes liegt innerhalb des planerischen Gestaltungsspielraumes des Verordnungsgebers; keine **Manuduktionspflicht** der Behörde, weil keine **unwesentliche Abänderung** des Bauvorhabens möglich war, die den Versagungsgrund beseitigt hätte

13.11.2012, [2010/05/0027](#)

ZustellG; Probleme iZm einer **gemeinsamen Einlaufstelle mehrerer Unternehmen** an einem Standort

13.11.2012, [2010/05/0047](#)

AVG; mit Einlangen des **Devolutionsantrags** geht die Zuständigkeit für die Entscheidungsbefugnis über den Antrag auf nachträgliche Baubewilligung auf den Gemeinderat über; BM war erst mit **Einlangen der Zurückziehung** des Devolutionsantrags wieder zuständig; der von der Oberbehörde erteilte **Verbesserungsauftrag** wird durch die Zurückziehung des Devolutionsantrags nicht unwirksam; durch angeführte Gesetzeswortlaute war der Verbesserungsauftrag ausreichend konkretisiert

13.11.2012, [2010/05/0111](#)

BauO für Wien; die **Überprüfung der Gutachten und Berechnungen** durch die Behörde im Baubewilligungsverfahren schafft hinsichtlich der Grundgrenze und dem Abstand zu einem Erker nicht die Vermutung, dass die vom Bauwerber vorgelegten Unterlagen richtig und vollständig sind; **wirtschaftliche Erwägungen** sind im Zuge eines **Beseitigungsauftrags** nicht anzustellen; die Frage der Bewilligungsfähigkeit der vorgenommenen Abweichungen von der Baubewilligung ist im Auftragsverfahren nicht zu prüfen und stellt keine Vorfrage dar

13.11.2012, [2010/05/0132](#)

Oö BauO; die **Situierung** der verfahrensgegenständlichen **baulichen Anlage** entspricht nicht dem Baubewilligungsbescheid; das Baubewilligungsverfahren ist ein **Projektgenehmigungsverfahren**, dem gegenständlichen Baubewilligungsverfahren sowie der erteilten Baubewilligung liegen die planlich ausgewiesenen Grenzen des Baugrundstückes zugrunde; bei einem **einheitlichen Bauwerk** ist grundsätzlich der gesamte Bau Gegenstand des baupolizeilichen Auftrags; eine wirtschaftliche Abwägung ist nicht vorgesehen

13.11.2012, [2010/05/0226](#)

BauO für Wien; Absichern einer Liegenschaft mittels Bauzaun als notstandspolizeiliche Maßnahme; bei **Gefahr im Verzug** kann die Behörde auch ohne Anhörung der Partei die erforderlichen Verfügungen und Sicherungsmaßnahmen auf Gefahr und Kosten des Eigentümers (jedes Miteigentümers) eines Bauwerkes anordnen und sofort vollstrecken lassen; werden die Maßnahmen nicht vor dem UVS bekämpft, kann die Frage der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Maßnahmen im Kostenersatzverfahren nicht mehr aufgerollt werden; eine Rechtsmittelbelehrung über die Möglichkeit der Beschwerde gegen Sofortmaßnahmen beim UVS ist nicht vorgesehen

13.11.2012, [2011/05/0093](#)

NÖ BauO; auch formlos ergangene, nicht als Bescheid bezeichnete **Erledigungen** sind nach stRsp **als Bescheide anzusehen**, sofern über ein konkretes Rechtsverhältnis abgesprochen wurde; ein Bestandsplan entfaltet nicht die Wirkung einer Baubewilligung; die **Zustimmung der Miteigentümer** ist ohne Rücksicht auf die Gründe, aus welchen die Miteigentümer ihre Zustimmung verweigern, erforderlich; wenn sich der Bescheid nicht bloß auf unzutreffenden Bestimmungen, sondern auch auf zutreffende stützt, kann er als in Vollziehung dieser Bestimmung ergangen angesehen werden

21.11.2012, [2009/07/0117](#)

AbfallwirtschaftsG; Anordnung zur **Entfernung fester Brandrückstände** und angebrannter Abfälle; dass durch das Brandereignis völlig neue Materie entstanden ist, befreit den Bf nicht von seiner Haftung; die Bf als Liegenschaftseigentümerin forderte die verpflichtete GmbH wiederholt auf die Abfälle zu entfernen; damit **keine konkludente Zustimmung** der Liegenschaftseigentümerin zur konsenswidrigen Ablagerung

21.11.2012, [2009/07/0118](#)

AbfallwirtschaftsG; **Auftrag zur Sanierung** an den Liegenschaftseigentümer; nach dem Verursacher ist der Liegenschaftseigentümer **der Zweite in der Kette der Haftenden**; eine **Rechtsnachfolge in die Verursacherposition** in öffentlich-rechtlicher Hinsicht, die einen Behandlungsauftrag an den Rechtsnachfolger des Verursachers erlauben würde, ist nicht vorgesehen; bei der Haftung des Rechtsnachfolgers des Liegenschaftseigentümers handelt es sich nicht um eine abgeleitete, sondern gem § 74 AWG um eine **originäre Haftung**, wenn er von der Lagerung oder Ablagerung Kenntnis hatte; den Erwerber einer Liegenschaft bei der die Herbeiführung von Umweltgefährdungen naheliegt, treffen Erkundigungsverpflichtungen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[11.12.2012, Rs C-610/10, Kommission / Spanien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Staatliche Beihilfen** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Einrede der **Unzulässigkeit** – ex-Art 228 Abs 2 EG und 260 Abs 2 AEUV – **Nichtdurchführung** – Finanzielle Sanktionen

[13.12.2012, Rs C-670/11, FranceAgriMer](#)

Schutz der **finanziellen** Interessen der **Union** – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 4 und 5 – Verwaltungsrechtliche **Sanktion** – Verwaltungsrechtliche Maßnahme – Verordnung (EWG) Nr 822/87 – Beihilfen für die private **Lagerung** von konzentriertem Traubenmost – Ursprung in der **Gemeinschaft** – Verordnung (EWG) Nr 1059/83 – Langfristiger Lagervertrag – Art 2 Abs 2 – Art 17 Abs 1 Buchst b – Verminderung der Beihilfe nach Maßgabe der **Schwere** der Pflichtenverletzung

[13.12.2012, Rs C-465/11, Forposta \(anciennement Praxis\) und ABC Direct Contact](#)

Richtlinie 2004/18/EG – Art 45 Abs 2 Unterabs 1 Buchst d – Richtlinie 2004/17/EG – Art 53 Abs 3 und Art 54 Abs 4 – Öffentliche Aufträge – Sektor für **Postdienste** – Kriterien für den Ausschluss vom **Vergabeverfahren** – Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit – Schutz des **öffentlichen** Interesses – Erhaltung des lautereren Wettbewerbs

13.12.2012, Rs C-395/11, *BLV Wohn- und Gewerbebau*

Steuerwesen – Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Entscheidung 2004/290/EG – Anwendung einer **abweichenden** Regelung durch einen Mitgliedstaat – Ermächtigung – Art 2 Nr 1 – Begriff der ‚Bauleistungen‘ – **Auslegung** – Einbeziehung der Lieferung von **Gegenständen** – Möglichkeit einer **teilweisen** Anwendung dieser Abweichung – Beschränkungen

13.12.2012, Rs C-379/11, *Caves Krier Frères*

Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Art 45 AEUV – Beihilfe zur Einstellung von älteren **Arbeitslosen** und Langzeitarbeitslosen – Erfordernis der Meldung bei einer **Vermittlungsstelle** der nationalen Arbeitsverwaltung – **Wohnsitzerfordernis** – Beschränkung – Rechtfertigung

13.12.2012, Verb Rs C-237/11 und C-238/11, *Frankreich / Parlament*

Nichtigkeitsklage – Institutionelles Recht – Kalender der **Plenartagungen** des Europäischen Parlaments für die Jahre 2012 und 2013 – Protokolle über die **Festlegung** der Sitze der Organe und bestimmter **Einrichtungen** und **Dienststellen** der Europäischen Union

13.12.2012, Rs C-226/11, *Expedia*

Wettbewerb – Art 101 Abs 1 AEUV – Kartell – **Spürbarkeit** einer Beschränkung – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 3 Abs 2 – Nationale **Wettbewerbsbehörde** – Verhaltensweise, die geeignet ist, den Handel zwischen **Mitgliedstaaten** zu beeinträchtigen – Verfolgung und Ahndung – **Nichtüberschreitung** der in der De-minimis-Bekanntmachung festgelegten **Marktanteilschwellen** – Bezweckte Beschränkungen

13.12.2012, Rs C-215/11, *Szyrocka*

Verordnung (EG) Nr 1896/2006 – Europäisches **Mahnverfahren** – Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls, der nicht die nach den nationalen **Rechtsvorschriften** vorgesehenen formellen Voraussetzungen erfüllt – **Erschöpfender** Charakter der Voraussetzungen, die der Antrag erfüllen muss – **Möglichkeit**, die bis zur Begleichung der Hauptforderung auflaufenden Zinsen zu verlangen

13.12.2012, Rs C-11/12, *Maatschap LA en DAB Langestraat en P Langestraat-Troost*

Gemeinsame **Agrarpolitik** – Integriertes Verwaltungs- und **Kontrollsystem** – Kürzungen und Ausschlüsse bei **Nichteinhaltung** der anderweitigen Verpflichtungen – **Haftung** für Handlungen Dritter

B. Schlussanträge

11.12.2012, Verb Rs C-274/11 und C-295/11, *Spanien / Rat (GA Bot)*

Nichtigkeitsklage – Ermächtigung zu einer Verstärkten Zusammenarbeit nach den Art 20 EUV und 329 AEUV zur Schaffung eines ‚**einheitlichen Patents**‘ – Nichtigkeitsklage wegen **Unzuständigkeit**, Ermessensmissbrauch und Verstoß gegen die Verträge – Schaffung europäischer **Rechtstitel** zum Schutz des geistigen Eigentums – Art 118 AEUV – Ausschließliche oder geteilte Zuständigkeit

12.12.2012, Rs C-201/11 P, C-204/11 P und C-205/11 P, *FIFA / Kommission (GA Jääskinen)*

Rechtsmittel – **Fernsehen** – Fernsehen ohne Grenzen – Art 3a der Richtlinie 89/552/EWG – Richtlinie 97/36/EG – Maßnahmen des Mitgliedstaats in Bezug auf Ereignisse von erheblicher **gesellschaftlicher** Bedeutung, die nicht Gegenstand **ausschließlicher** Fernsehübertragungsrechte sein können – Beschluss der Kommission, mit dem die Maßnahmen für mit dem Unionsrecht vereinbar erklärt werden – **Kontrollbefugnis** der Kommission – **Fußballeuropameisterschaft** der UEFA – **Weltmeisterschaft** der FIFA – Eigentumsrecht

13.12.2012, Rs C-627/10, *Kommission / Slowenien (GA Jääskinen)*

Vertragsverletzungsklage – Richtlinie 91/440/EWG – Entwicklung der **Eisenbahnunternehmen** der Gemeinschaft – Richtlinie 2001/14/EG – Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn – Art 6 Abs 3 und Anhang II der Richtlinie

91/440 – Art 14 Abs 2 der Richtlinie 2001/14 – Betreiber der **Infrastruktur** – Teilnahme eines Betreibers der Infrastruktur, der selbst ein Eisenbahnunternehmen ist, an der Erstellung der Netzfahrpläne – Betrieb des Verkehrs – Art 6 Abs 2 bis 5 der Richtlinie 2001/14 – Fehlen von Maßnahmen als Anreiz für den Betreiber der Infrastruktur zur Senkung der mit der **Fahrwegbereitstellung** verbundenen Kosten und der Zugangsentgelte – Art 7 Abs 3 und Art 8 Abs 1 der Richtlinie 2001/14 – Kosten, die unmittelbar aufgrund des **Zugbetriebs** anfallen – Entgelt für das **Mindestzugangspaket** und den Schienenzugang zu Serviceeinrichtungen – Einbeziehung der Entgelte anderer Verkehrssysteme – Art 11 der Richtlinie 2001/14 – Fehlen einer **leistungsabhängigen** Entgeltregelung, um den Eisenbahnunternehmen und den Betreibern der Infrastruktur Anreize zur Verringerung von Störungen und zur **Verbesserung** der Nutzung der Fahrwege zu geben

[13.12.2012, Rs C-625/10, Kommission / Frankreich \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzungsklage – Richtlinie 91/440/EWG – Entwicklung der **Eisenbahnunternehmen** der Gemeinschaft – Richtlinie 2001/14/EG – Zuweisung von **Fahrwegkapazität** der Eisenbahn – Art 6 Abs 3 und Anhang II der Richtlinie 91/440 – Art 4 Abs 2 und Art 14 Abs 2 der Richtlinie 2001/14 – Betreiber der Infrastruktur – **Unabhängigkeit** bei der Ausübung der wesentlichen Funktionen – Art 6 Abs 2 bis 5 der Richtlinie 2001/14 – Keine Maßnahmen, die Anreize zur Senkung der mit der **Fahrwegbereitstellung** verbundenen Kosten und der **Zugangsentgelte** bieten – Art 11 der Richtlinie 2001/14 – Keine leistungsabhängige Entgeltregelung

[13.12.2012, Rs C-619/11, Dumont de Chassart \(GA Mengozzi\)](#)

Soziale Sicherheit – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 79 – Leistungen für **Waisen** von Arbeitnehmern, für die die Rechtsvorschriften **mehrerer** Mitgliedstaaten galten, zulasten des **Wohnsitzmitgliedstaats** der Waise – Nichtberücksichtigung von **Versicherungszeiten**, die vom Ehegatten des Verstorbenen in einem anderen Mitgliedstaat **zurückgelegt** wurden – Ungleichbehandlung

[13.12.2012, Rs C-565/11, Irimie \(GA Wathelet\)](#)

Erstattung der von einem Mitgliedstaat unionsrechtswidrig erhobenen **Abgaben** – Nationale Regelung, mit der die von diesem Staat auf die erstatteten Abgaben zu zahlenden **Zinsen** beschränkt werden – Grundsätze der Äquivalenz, der **Effektivität** und der Verhältnismäßigkeit

[13.12.2012, Rs C-545/10, Kommission / Tschechische Republik \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzungsklage – Richtlinie 91/440/EWG – Entwicklung der **Eisenbahnunternehmen** der Gemeinschaft – Richtlinie 2001/14/EG – Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn – Art 4 Abs 1 der Richtlinie 2001/14 – Festsetzung des Höchstbetrags der **Wegeentgelte** – Art 6 Abs 2 der Richtlinie 2001/14 – Schaffung von Anreizen für die **Betreiber** zur Senkung der mit der Fahrwegbereitstellung verbundenen **Kosten** und der Zugangsentgelte – Art 7 Abs 3 der Richtlinie 2001/14 – Festsetzung des Entgelts für das **Mindestzugangspaket** und den Schienenzugang zu **Serviceeinrichtungen** – Kosten, die **unmittelbar** aufgrund des Zugbetriebs anfallen – Grenzkosten – Art 11 der Richtlinie 2001/14 – Fehlen einer leistungsabhängigen Entgeltregelung – Art 30 Abs 5 der Richtlinie 2001/14 – Regulierungsstelle – Befugnisse – Anfechtung auf dem **Verwaltungsweg** beim Transportministerium – Art 10 Abs 7 der Richtlinie 91/440 – Regulierungsstelle – Befugnisse

[13.12.2012, Rs C-512/10, Kommission / Polen \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzungsklage – Richtlinie 91/440/EWG – Entwicklung der **Eisenbahnunternehmen** der Gemeinschaft – Richtlinie 2001/14/EG – Zuweisung von **Fahrwegkapazität** der Eisenbahn – Art 6 Abs 3 und Anhang II der Richtlinie 91/440 – Art 4 Abs 2 und Art 14 Abs 2 der Richtlinie 2001/14 – Betreiber der **Infrastruktur** – Unabhängige Organisation und **Entscheidungskompetenz** – Holdingstruktur – Art 6 Abs 2 und 3 der Richtlinie 2001/14 – Anhaltendes Fehlen des finanziellen Gleichgewichts – Art 6 Abs 1 und Art 7 Abs 3 und 4 der Richtlinie 91/440 – Fehlen von **Anreizen** für den Betreiber der Infrastruktur – Art 7 Abs 3 und Art 8 Abs 1 der Richtlinie 2001/14 – **Berechnung** des Entgelts für den Mindestzugang

[13.12.2012, Rs C-439/11 P, Ziegler / Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Kartelle – ex-Art 81 Abs 1 EG und Art 53 Abs 1 EWR – Rechtswirkungen von Leitlinien der Kommission – Spürbare **Beeinträchtigung** des Handels zwischen Mitgliedstaaten – Festsetzung von **Geldbußen** – Effektiver **gerichtlicher** Rechtsschutz – Recht auf ein faires Verfahren – Objektive **Unparteilichkeit** der Kommission – Grund-

satz der Gleichbehandlung und **Nichtdiskriminierung** – ‚Umzugskartell‘ – Belgischer Markt für internationale Umzugsdienste

[13.12.2012, Rs C-412/11, Kommission / Luxemburg \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzungsklage – Richtlinie 91/440/EWG – Entwicklung der **Eisenbahnunternehmen** der Gemeinschaft – Richtlinie 2001/14/EG – Zuweisung von **Fahrwegkapazität** der Eisenbahn – Art 6 Abs 3 und Anhang II der Richtlinie 91/440 – Art 14 Abs 2 der Richtlinie 2001/14 – Betreiber der Infrastruktur – **Unabhängigkeit** in Bezug auf Organisation und **Entscheidungen** – Unabhängigkeit in den wesentlichen Funktionen

[13.12.2012, Rs C-358/11, Lapin ELY-keskus, liikenne ja infrastruktuuri \(GA Kokott\)](#)

Richtlinie 2008/98/EG – Gefährliche Abfälle – Ende der **Abfalleigenschaft** – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 – Registrierung, Bewertung, Zulassung und **Beschränkung** chemischer Stoffe (REACH) – Stoff, für den eine Beschränkung nach Anhang XVII der REACH-Verordnung gilt – Benutzung alter **Telefonmasten**, die mit einer Kupfer-Chrom-Arsen-Lösung behandelt wurden

C. Gericht

[11.12.2012, Rs T-15/11, Sina Bank / Rat](#)

Gemeinsame **Außen- und Sicherheitspolitik** – Restriktive Maßnahmen gegen Iran zur Verhinderung der **nuklearen Proliferation** – Einfrieren von Geldern – **Nichtigkeitsklage** – Begründungspflicht

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

11.12.2012, Beschwerde Nr. [59608/09](#), *Sampani ua / Griechenland*

Verletzung von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 2 1. ZP EMRK** (Recht auf Bildung); Unterricht in **Klassen mit rein romastämmigen Kindern** diskriminierend; keine ausreichenden staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Integration; **Empfehlung**, die Kinder in anderen Schulen zu **integrieren** bzw nachträgliche Bildungsmöglichkeiten zu schaffen

13.12.2012, Beschwerde Nr. [39630/09](#), *El-Masri / Republik Mazedonien*

Verletzung von **Art 3** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung), **Art 5** (Recht auf Freiheit und Sicherheit), **Art 8** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **Gefangennahme** eines deutschen Staatsangehörigen durch Behörden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wegen **Verdachts terroristischer Aktivitäten**; **Verletzung** von Konventionsrechten durch Gefangenschaft und Misshandlungen in Skopje, sowie durch die außergerichtliche Überstellung an CIA-Agenten und folgende viermonatige Gefangenschaft in Afghanistan, **zweifelsfrei nachgewiesen**

13.12.2012, Beschwerde Nr. [22689/07](#), *de Souza Ribeiro / Frankreich*

Verletzung von **Art 13** (Recht auf wirksame Beschwerde) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Ausweisung** des aus Brasilien stammenden Bf aus Französisch-Guayana ohne Möglichkeit ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung vor deren Umsetzung ergreifen zu können; **trotz Ermessensspielraum** der Staaten im Bereich des Art 13 EMRK muss ein **Minimum an Verfahrensgarantien gewährleistet** werden, um willkürlichen Ausweisungen vorzubeugen

VI. Veranstaltungen

Symposium „Rechtliche Aspekte der Euro Rettung“

14.12.2012, 13.45 bis 17.15 Uhr, JKU Linz; Veranstalter: Institute für Staatsrecht und Politische Wissenschaften, Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre und Finanzrecht, Steuerrecht und Steuerpolitik; Referate: Univ.-Prof. Dr. Nicolas Raschauer, Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer, Univ.-Prof. DDr. Georg Kofler, Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Wiss.-Mit. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.